



# **Adliswilereien**

## **Informationen aus dem Gemeinderat**

### **Sitzung vom Mittwoch, 1. Juli 2020**

#### **Von Wolfgang Liedtke**

Zur Juli-Sitzung des Grossen Gemeinderates fanden sich viele Einbürgerungswillige auf der Zuschauertribüne der Tüfihalle ein. Leider gab es wegen der Abstandsregeln keinen persönlichen Austausch mit den Eingebürgerten, wie er sonst im Rahmen eines Apéro stattfand.

#### **Mitteilungen**

Stadtrat Markus Bürgi informierte den Rat darüber, dass Daniel Jud, Schulleiter im Schulhaus Werd und Alt-Gemeinderat der SP, zum Abteilungsleiter Schulbetrieb ad interim ernannt wurde. Susi Senn informierte, dass die Bundesfeier am 1. August und die Chilbi wegen der Corona-Pandemie in diesem Jahr ausfallen müssten. Das Höhenfeuerwerk der Feuerwehr finde jedoch statt.

In einer Fraktionserklärung kritisierte die SVP, dass „Mohrenköpfe plötzlich als rassistisch dargestellt werden“ und spendierte Schokoladenköpfe für Stadt- und Gemeinderat. Die SP-Fraktion hat darauf verzichtet, mit einer eigenen Fraktionserklärung in derselben Sitzung darauf zu reagieren, wird sich aber über eine geeignete Antwort noch Gedanken machen. Gegen die Spende von Leckereien in der Sitzung haben wir selbstverständlich grundsätzlich nichts einzuwenden.

#### **Fragestunde**

Mario Senn (FDP) treibt immer noch die für die bürgerlichen Parteien verloren gegangene Abstimmung über die Bodeninitiative um. Die Sitzung am vergangenen Mittwoch wollte er nutzen, um erneut gegen das von ihm offenbar nicht akzeptierte Abstimmungsergebnis zu zündeln. Er erkundigte sich beim Stadtrat, ob er die fehlenden Eigenmittel in Höhe von 12,5 Mio. Franken für zukünftige Investitionen, welche er durch den Verkauf von Liegenschaften aufbringen wollte, durch höhere Schulden, Erhöhung des Steuerfusses, Abbau von Leistungen oder Streichung von Investitionen ausgleichen wolle. Es gelang ihm jedoch nicht, die von ihm erwarteten Antworten vom Stadtrat zu bekommen. Stadträtin Karin Fein (FW) antwortete ihm, dass eine theoretische Möglichkeit in der Verschiebung von Investitionen in Höhe von 62,5 Mio Franken bestünde. Eine andere Option wäre die Senkung des vorgesehenen Eigenkapitalanteils für diese Investitionen von 20 Prozent auf einen niedrigeren Satz und die Aufnahme von Fremdkapital. Sie machte deutlich, dass es nicht zu einem Abbau von Leistungen wegen der Bodeninitiative komme, weil Leistungen aus den Steuereinnahmen finanziert werden. Sie wies den Fragesteller darauf hin, dass die städtischen Grundstücke auch ohne Verkauf Rendite abwerfen könnten, wenn man sie beispielsweise im Baurecht abgebe.

Katya Willimann (SP) wollte wissen, ob der Stadtrat eine Übersicht über die Anschlusslösungen für die Abgänger der Adliswiler Sekundarschulen habe und ob die Stadt Adliswil erwäge, bei Bedarf in diesem Jahr ausnahmsweise mehr Lehrstellen anzubieten, um jedem Adliswiler Schulabgänger eine Ausbildung zu ermöglichen. Schulpräsident Markus Bürgi (FDP) berichtete, dass es in diesem Jahr deutlich mehr Übertritte von Schulabgängern an Mittelschulen gebe. Ausserdem sei die Lehrstellensituation im Bezirk Horgen gut, aktuell fehle für einen Schulabgänger in Adliswil noch eine Anschlusslösung. Stadtpräsident Farid Zeroual (CVP) ergänzte, dass derzeit keine Krise im Lehrstellenmarkt erkennbar sei. Die Stadtverwaltung überprüfe jedoch regelmässig den Ausbau ihres Lehrstellenangebotes und werde dies auch 2021 tun.

Harry Baldegger wollte vor dem Hintergrund der verschobenen Plastiksammelaktion eines grossen Detaillisten vom Stadtrat wissen, ob die Stadt Adliswil nicht Plastikabfälle separat sammeln und der Wiederverwertung zuführen könne. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) erläuterte in ihrer Antwort, dass aktuell 75 Prozent der Plastikabfälle schliesslich verbrannt würden. Ihr Ressort beobachte den Markt ständig. Sobald die Aussicht bestehe, dass mindestens 70 Prozent der Plastikabfälle recycelt würden, könne man ein konzertiertes Vorgehen mit den anderen Gemeinden im Entsorgungsverbund prüfen.

Mario Senn (FDP) erkundigte sich nach den Wohnortgemeinden der Pächter der Familiengärten im Gebiet Lätten, die laut der IG Lätten wegen der Entwicklungspläne des Stadtrates dort weichen müssten, und nach der Zonenkonformität der Familiengärten. Stadtrat Felix Keller (parteilos) antwortete, dass er keinen Überblick über die Pächter der Familiengärten habe. Die Gärten seien allerdings nicht zonenkonform, sondern würden geduldet. Grundeigentümer und damit Vermieter der Gärten sei Grün Stadt Zürich. Felix Keller wies darauf hin, dass Familiengärten auch Bestandteil der Planung der Stadt Adliswil für das Gebiet seien.

Esen Yilmaz (SP) wollte den Grund für die Erhöhung der Kosten für den neuen Polizeiposten um 687'000 Franken erfahren. Stadträtin Susi Senn antwortete, dass die Genauigkeit bei der Kostenschätzung mit plus-minus 15 Prozent angegeben sei. Damit bleibe man trotz dieser deutlichen Erhöhung im vorgegebenen Rahmen. Die Mehrkosten erklärten sich aus CHF 320'000 für die Sanierungsarbeiten am Gebäude. Für die Umgebungsarbeiten würden zusätzlich CHF 85'000 benötigt. Zudem wurde der Projektperimeter im Umgebungs- und Parkierungskonzept vergrössert, was einen Zusatzkredit über CHF 282'000 erfordere.

Bernie Corrodi (FW) wollte wissen, aus welchem Grund ausgerechnet auf dem Friedhofsgelände ein Biotop eingerichtet worden sei. Stadträtin Carmen Marty Fässler verwies auf das Adliswiler Landschaftsentwicklungskonzept. Das Friedhofsgelände biete Potenzial, die Biodiversität zu steigern. Ausserdem würde die Attraktivität des Friedhofes für Besucher gesteigert. Auf die Frage von Bernie Corrodi, ob man das Gelände, wenn es schon nicht für Bestattungen benötigt werde, gewinnbringender verwenden könne, wies Stadträtin Marty Fässler darauf hin, dass es sich nicht um Bauland handele.

## **Leistungsziele und Indikatoren 2021**

Nach den Einbürgerungen (ca. 50 Personen wurde das Adliswiler Bürgerrecht verliehen) und einer kurzen Pause beschäftigte sich der Rat mit den Leistungszielen und Indikatoren für Budget und Jahresrechnung 2021. Hier gab es einige Anpassungen, die an und für sich unbestritten waren. Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK) Thomas Iseli (FDP) kritisierte jedoch den Zeitverzug beim stadträtlichen Antrag, der dazu führte, dass die RPK nur unter grossem Kraftaufwand ihre Beratungen termingerecht abschliessen konnte. Sylvia Helbling (FDP) bemängelte, dass der Stadtrat in seinem Antrag nicht auf die aktuelle wirtschaftliche Situation eingegangen sei. Sie kündigte eine umfassende Aufgabenprüfung durch die FDP-Fraktion an, um alles auf den Prüfstand zu stellen, was nicht zwingend von der öffentlichen Hand angeboten werden müsse.

Esen Yilmaz äusserte sich für die SP-Fraktion wie folgt:

*Mit viel Freude haben wir die Legislaturziele und Indikatoren 2021, welche zu einer transparenten und umfassenden Dokumentation gewachsen sind, entgegengenommen. Das Werk ist übersichtlich, mehrheitlich gut verständlich und erklärt die Ziele für das Jahr 2021 ausreichend, auch wenn einige Erklärungen meines Erachtens fehlen. Mit der anschliessenden Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat wurden die Unklarheiten geklärt. Sehr froh sind wir über die separate Liste, welche die Änderungen der Produkte und Ziele, der Leistungen und Indikatoren, sowie die Anpassungen in den verschiedenen Bereichen ausweist.*

*Nur die Zeit war für die Prüfung durch die RPK sehr knapp bemessen, und somit auch die Besprechung in der Fraktion nicht so einfach. Wir hätten uns etwas mehr Zeit gewünscht! Nichtsdestotrotz danken wir an dieser Stelle dem Stadtrat und dem gesamten Personal für*

die transparente Arbeit. Die SP-Fraktion folgt einstimmig dem Antrag des Stadtrates und empfiehlt die Legislaturziele und Indikatoren 2021 zu genehmigen.

Der Antrag des Stadtrates und der gleichlautende Antrag der RPK wurden einstimmig angenommen.

## **Unterstützung der Charta zur Lohngleichheit für Mann und Frau**

Nach der Abstimmung über durch das neuen Gemeindegesetz erforderlichen Anpassungen in den Statuten von den Zweckverbänden *Zürcher Planungsgruppe*, *Zivilschutz Zimmerberg* und *Berufswahlschule Bezirk Horgen* schilderte der Präsident der Sachkommission Stefan Neubert (GLP) das Vorgehen der Sachkommission bei der Prüfung des Antrages des Stadtrates, auf einen Beitritt zur Charta zur Lohngleichheit zu verzichten und das Postulat von Wolfgang Liedtke, Kanny Muthuthamby (beide SP) sowie Marianne Oswald und Angela Broggini (beide GP) abzuschreiben. Die Sachkommission hatte sich mit fünf zu vier Stimmen knapp für den Antrag des Stadtrates ausgesprochen. Stefan Neubert erläuterte die Beweggründe für den Mehrheitsantrag der Sachkommission und die für den Minderheitsantrag, der eine vertiefte Prüfung des Beitritts durch den Stadtrat forderte.

Vera Buchmann-Bach (FDP) vertrat trotz gegenteiliger wissenschaftlicher Befunde die Ansicht, dass inzwischen sowohl Öffentlichkeit als auch Wirtschaft für die gleiche Bezahlung von Frau und Mann ausreichend sensibilisiert seien. Sie persönlich wolle als Frau nicht ständig geschützt werden.

Erstunterzeichnender Wolfgang Liedtke (SP) argumentierte wie folgt:

*Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Stellungnahme zu unserem Postulat und bei der Sozialkommission für die ausführliche Beratung und für die Gelegenheit, die Beweggründe für unser Postulat vorstellen zu dürfen.*

*Seit 1981 ist die gleiche Bezahlung für Frauen und Männer in der Bundesverfassung verankert. Aber nach fast vierzig Jahren ist die gleiche Bezahlung noch längst nicht umgesetzt, selbst im öffentlichen Sektor nicht, dem hier eine Vorbildfunktion zukommt. Denn auch im öffentlichen Sektor besteht eine durchschnittliche geschlechtsspezifische Lohndifferenz von 16.6 % bzw. 1'457 Franken pro Monat (Stand 2014). Davon können 58 % durch objektive Faktoren wie berufliche Stellung, Dienstjahre oder Ausbildungsniveau erklärt werden. Es verbleibt jedoch ein unerklärter Lohnunterschied von 7 % zuungunsten der Frauen. Dies entspricht einer durchschnittlichen monatlichen Einbusse von 608 Franken – nachzulesen in einem Faktenblatt des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung (EBG). Dass man vor diesem Hintergrund der Auffassung sein kann, dass Öffentlichkeit und Wirtschaft genügend sensibilisiert sind, ist schwer nachzuvollziehen.*

*Ich unterstelle keiner öffentlichen Institution – schon gar nicht unserer Stadtverwaltung – die Absicht, Frauen schlechter zu bezahlen als Männer. Es gibt jedoch viele unbewusste Faktoren, die dazu führen.*

*Viele öffentliche Verwaltungen verfügen über fortschrittliche Lohnsysteme mit klar definierten Lohnklassen. Diese Systeme bieten gute Rahmenbedingungen für faire Entlohnung. Eine diskriminierungsfreie Umsetzung können sie jedoch nicht garantieren. Denn jedes Lohnsystem lässt Spielräume bestehen, die in der Lohnpraxis zu geschlechtsspezifischen Verzerrungen und damit zu Lohndiskriminierung führen können. Letztere kann einen Reputationsschaden nach sich ziehen und zu einer finanziellen Belastung werden, wenn etwa im Fall einer Klage Löhne von Mitarbeiterinnen rückwirkend für mehrere Jahre nachbezahlt werden müssen. Eine regelmässige Überprüfung der eigenen Lohnpraxis minimiert das Risiko unerkannter Lohndiskriminierung wirksam. Ein bewährtes Instrument, diese Faktoren zu erkennen, sind Lohnvergleichsanalysen. Sie schaffen Transparenz und zeigen auf, ob bezüglich der eigenen Lohnpraxis Handlungsbedarf besteht.*

*Seit heute – 1. Juli - ist eine Änderung des Gleichstellungsgesetzes in Kraft, das Arbeitgeber mit hundert oder mehr Beschäftigten verpflichtet, solche Lohnvergleichsanalysen durchzuführen. Das EBG unterstützt die öffentlichen Verwaltungen, welche der Charta beitreten wollen, bei den Lohnvergleichsanalysen mit einer Software sowie mit Beratung durch Fachkräfte. Ein Argument, welches gegen den Beitritt zur Charta vorgebracht wurde,*

war die zusätzliche Belastung für die Unternehmen, die sich um einen Auftrag bei der Stadtverwaltung bewerben. Ab diesem Herbst können auch Privatunternehmen die Analysesoftware der EBG nutzen. Nun, Unternehmen mit 100 Beschäftigten und mehr müssen ab heute alle vier Jahre per Gesetz eine Lohnvergleichsanalyse durchführen. Einen zusätzlichen Aufwand bedeutet es hingegen für kleinere Unternehmen, falls die beauftragende öffentliche Stelle von diesen eine Analyse verlangt. Dies wird von der Charta nämlich nicht in allen Fällen gefordert, sondern es besteht für offerierende Unternehmen die Möglichkeit, ein Selbstverpflichtungsformular zu unterzeichnen. Sollte aber eine Lohnvergleichsanalyse von einem Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten verlangt werden, so kann diese Analyse selbstverständlich innerhalb von vier Jahren auch bei allen anderen Bewerbungen um öffentliche Aufträge verwendet werden.

In seiner Antwort an die Sachkommission machte der Stadtrat zusätzlichen Aufwand geltend, der mit dem Beitritt zur Charta verbunden wäre. Es ist jedoch nicht klar geworden, worin dieser zusätzliche Aufwand bestehen und wie gross er sein soll, wird doch ab heute vom Gesetz genau das verlangt, was auch die Charta von ihren Mitgliedern fordert. Anfragen in Gemeinden, die der Lohncharta bereits beigetreten sind, haben ergeben, dass dort auch vor der Änderung des Gleichstellungsgesetzes kein nennenswerter Zusatzaufwand entstanden ist. Deshalb erscheint es sinnvoll, den Stadtrat um eine vertiefte Klärung zu bitten, so wie im Minderheitsantrag gefordert.

Was soll der Nutzen des Beitritts zur Charta sein? Damit würde die Stadt Adliswil ein Signal setzen und kundtun, dass ihr die Gleichbehandlung und insbesondere die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern ein wichtiges Anliegen ist. Sie würde sich als attraktive Arbeitgeberin insbesondere für qualifizierte Frauen präsentieren. Auf einem Arbeitsmarkt, der bei einzelnen Qualifikationen hart umkämpft ist, ein wichtiger Trumpf.

Übrigens ist die Stadt Adliswil eine der ersten Unterzeichnenden der Charta für Sozialhilfe. Als Begründung für den Beitritt zu dieser Charta ist im jüngsten Stadtbrief zu lesen:

«Die Sozialkommission Adliswil ist im letzten Jahr der Charta Sozialhilfe beigetreten, da sie überzeugt davon ist, dass die Sozialhilfe in unserer Gesellschaft ein zentrales Element zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung ist.»

Offenbar hat die Sozialkommission hier nicht lange abgewogen, was der Beitritt zur Charta der Stadt für einen Nutzen bringt, sondern sich sehr bald nach Gründung der Charta aus ideellen Gründen für die Unterzeichnung entschieden – was ich gut und richtig finde!

Wie schön wäre es, wenn wir in einer der nächsten Ausgaben des Stadtbriefes lesen dürften:

«Der Stadtrat Adliswil ist der Charta zur Lohngleichheit für Frau und Mann beigetreten, da er überzeugt davon ist, dass die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft ein zentrales Element zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter ist.» Damit es dazu kommt, benötigen wir Eure Hilfe. Ich bitte Euch, den Minderheitsantrag aus der Sachkommission für einen Ergänzungsbericht des Stadtrates zu unterstützen.

Daniel Frei (FW) vertrat die Meinung, die Unterzeichnung der Charta habe angesichts der neuen Gesetzeslage nur Symbolwert und solle deshalb unterbleiben. Angela Brogгинi (GP) konterte, dass sie es begrüßen würde, wenn der Stadtrat sich nicht nur zur Befolgung des Gleichstellungsgesetzes durchringen würde, sondern auch noch den symbolischen Schritt mache. Mario Senn (FDP) versuchte, die Zahlen des Bundesrates zur ungleichen Bezahlung von Frauen anzuzweifeln und den Eindruck zu erwecken, es gebe keine Ungleichbehandlung der Geschlechter beim Lohn, blieb jedoch in seiner Aussage unklar.

Kanny Muthuthamby (SP) erläuterte in einem emotionalen Votum den Minderheitsantrag aus der Sachkommission. Er sprach seine Verwunderung darüber aus, dass die drei weiblichen Stadträte sich nicht stärker für den Beitritt zur Lohncharta eingesetzt hatten. Schliesslich gebe es die gesetzliche Verpflichtung zur gleichen Bezahlung von Frau und Mann seit 1981, ohne dass es bisher funktioniere. Die Lohncharta verlange nicht mehr als die gesetzlichen Vorschriften umzusetzen und regelmässig eine Lohnvergleichsanalyse durchzuführen. Kanny Muthuthamby hat Kontakt zu zwei Gemeinden aufgenommen, die der Charta bereits beigetreten sind. In Zug hat der Stadtrat, der mehrheitlich aus Politikern der SVP und FDP zusammengesetzt ist, den Beitritt ohne Vorstoss aus dem des Parlaments beschlossen. In Kloten, ebenfalls mehrheitlich SVP und FDP, hat der Stadtrat den Beitritt auf Vorschlag des Stadtschreibers vollzogen. Mehraufwand sei für die Stadtverwaltung nicht entstanden. Kanny

Muthuthamby erinnerte an den langen Kampf für das Frauenwahlrecht, der mehr als dreissig Jahre gedauert habe. Nach fast vierzig Jahren sei es endlich Zeit, die Lohnleichheit für Mann und Frau durchzusetzen.

Auf eine Frage von Mario Senn (FDP), ob er allen Gegnern des Charta-Beitritts unterstelle, sie seien gegen die gleiche Bezahlung von Frauen, antwortete Kanny Muthuthamby, dass er das nicht meine, ihn aber interessieren würde, wie man seinen Kindern einmal erklären wolle, dass man heute mit Nein gestimmt habe. Er beantragte eine namentliche Abstimmung, die mit 13 Stimmen angenommen wurde. Das Postulat wurde mit 20 gegen 12 Stimmen und einer Enthaltung abgeschrieben. Damit entschied sich die bürgerliche Mehrheit in Adliswil einmal mehr gegen eine fortschrittliche Haltung in einer wichtigen gesellschaftlichen Frage.

## **Personalplanung in der Schulverwaltung**

Der Stadtrat beantragte die Schaffung einer zusätzlichen Vollzeitstelle als Führungsunterstützung in der Schulverwaltung. Wolfgang Liedtke sprach für die SP-Fraktion:

*Das Ziel ist die Entlastung des Führungspersonals in den Schulen und in der Verwaltung von Administrationsarbeiten. Mit der Einrichtung dieser Stelle wird das Führungspersonal bei administrativen Aufgaben entlastet, was zur Reduktion von Überstunden führen und gleichzeitig die Attraktivität von Kaderstellen in der Schule Adliswil steigern wird. Die Entlastung von administrativen Arbeiten bietet den Führungspersonen auch Raum, die gute Qualität ihrer Arbeit beizubehalten oder sogar noch zu verbessern.*

*Die Schülerzahlen in Adliswil wachsen seit Jahren, wir werden auch in den kommenden Jahren eine Zunahme bei den Schülerzahlen haben. Eine erfreuliche Entwicklung, denn Adliswil braucht junge Familien, um die Altersstruktur seiner Bevölkerung ins Gleichgewicht zu bringen. Wachstum bei den Schülerzahlen bedeutet aber auch Stellenwachstum bei den Lehrpersonen und in der Schulverwaltung.*

*Die SP-Fraktion begrüsst daher die Schaffung der Stelle für Führungsunterstützung in der Schulverwaltung und wird dem Antrag des Stadtrates zustimmen.*

Auch von den anderen Fraktionen gab es keinen Widerstand gegen die Aufstockung der Schulverwaltung. Anke Würli (CVP) betonte, dass die fachliche Unterstützung der Schulleiter wichtig und die Aufstockung vollkommen gerechtfertigt sei. Der Schulpräsident hob hervor, dass die Kosten pro Schüler in der Schule Adliswil in den letzten Jahren gesunken seien. Der Antrag wurde einstimmig bei einer Enthaltung gutgeheissen.

Zum Schluss der Sitzung verabschiedete der Ratspräsident den Gemeinderat Stefan Neubert (GLP), der aus beruflichen Gründen nach zwei Jahren zurücktrat.